

Für Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, durch die Post 23,50 Mark, auswärts, Zustellungsgebühr, Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich, Zeitungsverzeichnis unter Code-Zeitung eingetragen. Für unregelmäßig eingehende Abonnements wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. Code-Zeitung gesteuert. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugspost-Abt. Nr. 1133;

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gespaltene 34 mm breite Mittelzeile oder deren Raum 40 Pf., Restraum 2,50 Mark, Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Ost. Draußenstr. 17. Telefon-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 2. Postfach-Nr. Leipzig Nr. 4004.

Nr. 346.

Halle, Dienstag, den 27. Juli 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Wieder eine Dummheit.

Die Entführung Dr. Dortens. Es werden Dummheiten gemacht. Die verluste Durchführungsgelei Bela Kühns nach Ausland war eine Dummheit. Die Entführung Dr. Dortens aus Wiesbaden war abermals eine. Die Frankfurter Polizei, die auf Befehl des Reichsgerichts handelte, hätte den Dr. Dorten nach § 167 des Gerichtsverfassungsgesetzes ohne Zustimmung des Wiesbadener Amtsgerichts nur verhaften dürfen, wenn Gefahr im Verzuge obwaltete. Die Gefahr im Verzuge läßt sich juristisch beim besten Willen nicht konstruieren, denn der „schöne Adam“, der an eine Ausländerin verheiratet ist, wohnt schon seit längerer Zeit ganz gemüßlich, wenn auch gut verdingt, in seinem häuschen auf der Wiesbadener Höhe, letztes Grundstück von Wiesbaden. Die Verhaftung widerspricht aber auch dem sog. Rheinlandsabkommen. Erbonnungen der hohen Kommission sind verletzt. Die Entente hat die schäbste Gelegenheit, wieder einmal einen Beifallschub auf die deutsche Regierung niederzulassen zu lassen. War das nötig? War dieser Dr. Dorten das wert? Dr. Dorten wird schon seit mehr als einem Jahre wegen Hochverrats vor den deutschen Behörden verfolgt. Man traute sich nur nicht zuzupacken, aus Rücksicht auf die französische Befehle, deren Schützung er ist. Die strafbare Tätigkeit Dortens begann mit der Gründung des nassauischen Arbeitsausschusses. Aber Dorten war gar kein Nasseraner. Er war Staatsanwalt in Berlin, seit November 1918 auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses vom Dienst beurlaubt, angeblich zur Kur in Wiesbaden, wo er mit dem sicheren Auftreten eines Kochknecht bei den Anhängern des Vos-von-Preußen-Gebantens als auch bei der französischen Militärbesatzung den Vertreter der nassauischen Bevölkerung spielte. Im Kriege hatte Dorten den ganzen Feldzug im Westen, vorwiegend bei der Kronprinzenerneuerung mitgemacht, wurde Hauptmann der Artillerie, erhielt das Eiserne Kreuz erster und zweiter Klasse, noch durch einen Sturz vom Pferde schwere innere Verletzungen zu und wurde zuletzt am Auge schwer verwundet, so daß er längere Zeit das Lazarett aufsuchen mußte. Seitdem verfolgt er separatistische Bestrebungen. Das lamisch zusammengefaßte Preußen, die Dr. Dortens politischer Gebanfung, habe kein Recht, über den geistig hochstehenden Rheinländer zu herrschen. Am Rhein habe man die stolzen Dome zu einer Zeit gebaut, als Berlin noch ein armliebiges Fischerdorf war. Die Rheinlande seien historisch, völkisch und wirtschaftlich ein zusammenhängendes Ganze, durch Haus- und Kabinetspolitik aber auseinandergerissen und wesenfremden Stämmen zugeteilt. Wirtschaftlich müßten die Rheinlande etwa zwei Drittel der Gesamtmasse des Preußens tragen. Nichtsdestowen würden alle Beamtenstellen mit Nichtrheinländern besetzt, die der Bevölkerung nur geringes Verdiensten entgegenbrächten. Die Rheinländer müßten aus dem Verbanne des preussischen Staates ausschließen sein. Das heißt, der französische Verbanne des besetzten Rheinlandsgebietes unter dem Namen und sie legte ihre „Neutralität“ darin aus, daß sie der Dortenschen „Regierung“ Dr. Dorten bildete in ein förmliches Kabinett aus sieben Köpfen — zum mindesten die gleiche Faktensicherung wie der verfassungsmäßigen zugeleitet und sie im Geheimen gegen diese unterstützt. Der Rufsch am 1. Juni 1919 mißlang. Aber Dorten hat seitdem nicht aufgehört im Stillen zu wühlen. Er behauptet: Da seine Sonderbestrebungen schon vor der Entföhrung der jetzigen Reichsverfassung bestanden haben, so werden sie durch diese nicht aufgehoben. Seine heimliche Republik sei der Gesamtrepublik ebenbürtig. Sie habe deshalb auch das Recht, selbständig mit dem Ausland zu verhandeln. Ja, Dorten bringt es sogar fertig, die Reichsverfassung zu seiner Verteidigung heranzuziehen. Nach Artikel 18 müßte das Rheinland als neuer Staat gebildet werden, wenn eine Volksoberbestimmung diesen Wunsch ausdrückte. Hält man ihm vor, daß solche Bestimmungen mindestens erst zwei Jahre nach Inkrafttreten der Verfassung möglich sei, so gibt er die ebenso schlagerliche wie unlogische Antwort: Was dahin habe er das Recht, eine rheinländische Vertretung bei den hohen Kommissaren der Alliierten zu schaffen. Hier wird das landes- und hochverräterische Geban Dortens offenbar. Erst ganz kürzlich sind die Stützen seiner „rheinischen Republik“, Oberbürger Dr. Kalkert, Grand-Nr. Frau Dr. Ackerl und andere energisch von ihm abgerückt. Der Rheinische Herald, das bisherige offizielle Organ der Christlichen Volkspartei, ist dieses Charakters entleert und nur noch Beiblatt Dr. Dortens, von einem Konsortium für ihn angefaßt. Warum gibt man diesem Hochverräterblatt und der Organisation der Rheinischen Volkspartei nicht zuliebe? Die Entführung Dr. Dortens war kein Meisterstück innerer Regierungskunst. Sie macht ihn nur in gewissen Kreisen zum Märtyrer. Man hätte ihn und seine ganze Stänkerlei vielleicht schon bald vergessen.

Hue über das Kohlenabkommen.

Bodum, 25. Juli. In einer vom alten Bergarbeiterverband einberufenen Vertreterkonferenz der Verbandsvertrauensleute und der Obmannen der Betriebsräte sämtlicher Ruhrzechen sprach Abg. Hüß über das Kohlenabkommen von Spa. Nachdem er darauf aufmerksam gemacht hatte, daß in Spa die Weltmächte der Arbeiterklasse ihre Ansprüche aus-

melbet habe, wies er noch einmal darauf hin, daß die Einmarschrohung der Entente nicht als Bluff aufgefaßt werden dürfe, weshalb die Unterzeichnung rasch geschehen wäre. Die Frage, ob die Lieferung der zwei Millionen Tonnen Kohle wirklich möglich sei, will Hüß nicht bejahen, auf alle Fälle werde man auf bedeutende Schwierigkeiten stoßen. Das Ueberfließensabkommen dürfe nicht geübt werden. Die internationalen Kohlenrat müße unbedingt gebildet werden. Besonderen Dank soll der Redner Holland, das aus durch den Kredit über 200 Millionen Kronen Vertrauen bewiesen hat und aus einen moralischen und materiellen Halt gegeben habe. Die Bergarbeiterfrage werde also darangesen, um auch Hollands Kohlennot möglichst zu mildern. Dasselbe gelte für die Schweiz und die skandinavischen Länder. Das Ziel ließe sich allerdings nur erreichen durch eine großzügige Verbesserung der Ernährung, eine Aenderung der Organisation der Kohlenverteilung, die Erweiterung der Befugnisse der Betriebsräte, die Ueberführung der Schlichtungsbehörde in die öffentliche Hand und durch die Einführung der zweiten Föderation auf allen Zechen sowie durch andere technische Verbesserungen. Die Tarifverträge dürften nicht angetastet und die Schlichtung auf seinen Fall verlängert werden. Die Sozialisierung müsse in Angriff genommen werden.

Nach längerer Debatte wurde ein Antrag angenommen, in dem es u. a. heißt: Gegen die angeordnete Gewaltpolitik, in der wir die Absicht der Verflaumung der Bergleute erblicken, werden wir uns energisch zur Wehr setzen. Wir sind freiwillig bereit, mit allen körperlichen und geistigen Kräften dahin zu wirken, die Kohlenförderung so zu steigern, daß die von der Entente verlangte Kohlenmenge, abgesehen von der Kohlenbedarf unseres Heimatlandes und die für Holland und die Schweiz bestimmten Kohlenmengen, geliefert werden können. Hierzu ist aber eine weit bessere Ernährung der Bergleute erforderlich.

In einer zweiten Entschließung werden die Bergarbeitervereinigungen aufgefordert, im Verein mit den Organisationen der Eisenbahner und Schiffeleute sofort Vorkehrungen zu treffen, daß diejenigen Landbestelle, in denen sich Abschleppungsarbeiten vornehmen, nicht mit Kohlen beliebert werden.

Die Weisung des Reiches auf die Sozialisierung, die verfassungsmäßige Einführung der Sechsstundenarbeit u. a. Ein Antrag auf Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft und ein Antrag auf Kündigung des Ueberfließensabkommens wurden abgelehnt.

Die Entwaffnungsfrage.

Berlin, 27. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Zu dem Gehentwurf der Reichsregierung über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung, der bereits dem Reichstag vorliegt und in wenigen Tagen auch den Reichstag beschäftigen wird, hören wir, daß die Absicht der Regierung dahin geht, zunächst die widerrechtlichen Besitzer von Waffen dadurch zur Ablieferung zu bewegen, daß ihnen eine hohe Ablieferungssprämie bis zu einem bestimmten Zeitpunkt versprochen wird. Dann sollen schwere Strafen für diejenigen eintreten, die trotz der Ablieferungssprämie noch immer Waffen zurückbehalten haben. Auch sollen Bestrafungen für diejenigen verhängt werden, die Waffen ausgeliefert werden. Erst nach dieser Weise die widerrechtlichen im Besitz der Zivilbevölkerung befindlichen Waffen ausgeliefert worden sind, sollen die Waffen der Einwohnerwehren und die überflüssigen Waffen der Sicherheitswehr herausgegeben werden.

Ignorierung des französischen Gesandten in München.

München, 27. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Die bayerische Regierung wird wahrscheinlich nicht mit dem französischen Gesandten in direkten Verkehr treten, sondern wie bisher alle Frankreich betreffenden auswärtigen Fragen mit dem auswärtigen Amt in Berlin unter Umgehung des französischen Gesandten in München verhandeln.

Der Reichswirtschaftsrat für die Wohnungssteuer.

Vom Reichswirtschaftsrat ist ein Antrag angenommen worden, dem gemeinsamen wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Unterausschuss überwiegen worden, in dem es heißt: Die Sanitätssicht steht überall trotz der außerordentlich großen Wohnungsnot unmittelbar vor dem Erliegen. Neben den Vorkehrungen zur Herabsetzung hoher Dampfpreise müssen Mittel beschafft werden, um die Uebersteuerung durch die hohe Zusage zu ertragen zu machen und dadurch die Mietpreise in den alten und den neuen Häusern richtige Beziehung zu bringen. Die Reichsregierung wird deshalb auf das bringendste aufgefordert, damit das deutsche Wirtschaftsleben nicht unüberwindlichen Schäden erleidet, die notwendigen gesetzgeberischen Schritte sofort zu tun, insbesondere auch durch sofortige Einbringung und stärkere Betreibung einer Vorlage über eine zweckentsprechende Wohnsteuer.

Der russisch-polnische Krieg.

Wien, 26. Juli. Nach einem hier eingetroffenen dringlichen Telegramm aus Moskau hat die Oberste russische Heeresleitung in einem Junfunkt das polnische Oberkommando aufgefordert, am 20. Juli, abends 8 Uhr,

auf der Straße Baranowitsch — Breit-Pitowit — unter weicher Plaque seine Unterhändler für den Waffenstillstand den vollen Vorworten entgegenzulassen.

Infolge der Bestehen der Sowjetregierung an den bolschewistischen Ueberfließensabkommen, daß die Armeen sich zurückziehen soll, haben die Polen G r o d n o wieder besetzt. — Infolge dessen fabelt der polnische Heeresbericht von einer Wiedereroberung Grodnos.

Die Agence Havas meldet aus Warschau: Die polnische Regierung übermittelte dem alliierten Rat die Erklärung, daß sie die Neutralität Deutschlands in dem polnisch-russischen Kriege anerkennt. In einer Unterredung mit dem Vertreter der „Post-Zeitung“ äußerte sich der deutsche Gesandte in Warschau Graf D e r n b o r f, daß der Entwurf der Neutralitätserklärung Deutschlands in amtlichen polnischen Kreisen in hohem Maße beneidlich gemittelt habe.

Nach einem Funktelegramm aus Moskau erklärte T r o s k i auf dem Kongreß der russischen Eisenbahner, Polen werde aufhören, ein Pufferstaat zu sein, der Rußland entgegengehe. Es werde die rote Brücke der sozialen Revolution werden. Deshalb steigere Europa fieberhaft seine Unterstützung Polens. Deshalb müsse auch Rußland seine Nutzungen verdoppeln, um die Entente vor die Tatsache zu stellen, daß das Kommunismus verdrängt sei.

Transport französischer Truppen durch Deutschland.

W. A. Frankfurt a. M., 26. Juli. (Drahtnachricht.) Der „Frankfurter Zeitung“ wird unterm 24. d. M. aus dem besetzten Gebiet geschrieben: Die Franzosen bereiten seit etwa 10 Tagen eine Expedition nach Polen durch Deutschland vor und haben für die Beförderung zunächst folgenden Ausweg gefunden: Die Transporte werden zur Bildung der in Oberpfalz lebenden Truppen in Marsch gesetzt. Um auch der eigenen Truppe das wirkliche Ziel zu verhehlen, werden die Besatzungstruppen verschiedenen Formationen einmischen. Vor allem werden Artillerie und Sanitätspersonal geschickt. Ein Transport von 21 Waggons, der als Sanitätszug bezeichnet wurde, ist bereits abgegangen. Die Waggons enthalten in Wirklichkeit Munition und Nachschubgewehre. Ein zweiter ähnlicher Transport von 18 Waggons geht in den nächsten 48 Stunden ab. Die Begleitmannschaften bestehen aus Unteroffizieren. Dies soll jedoch erst der Anfang sein. Es geht, daß man die Ausdehnung weiterer großer Transporte im Auge hat, und daß Frankreich beschäftigt, ihren Durchmarsch, wenn die politische Lage es erlaubt, auf diplomatischem Wege durchzusetzen.

Der angehaltene polnische Waffentransport.

Amliche Nachrichten bestätigen, daß ein augenscheinlich mit Kriegsmaterial nach Polen bestimmt zu werden, aus Koblenz kommend, in Warburg angehalten wurde. Es handelt sich offenbar um den sogenannten „S i o n i a l u g“, das heißt um einen der 155 Waggons, die auf Grund des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens vom 22. Oktober 1919 teils mit militärischen Gütern für die Zivilbevölkerung durch Deutschland durchgeführt werden. Die Eisenbahndirektionen hatten bereits vor dem Verfall telegraphisch Anweisung erhalten, derartige Güter nicht mehr anzunehmen, doch scheint dieser Aug beim Eintreffen dieser Anweisung bereits auf deutschem Gebiet gewesen zu sein. Weitere Maßnahmen werden ergehen, wenn nähere amtliche Feststellungen über den Inhalt des Zuges vorliegen.

Smuts über das Mandat von Deutsch-Südwestafrika.

Kapstadt, 17. Juni. Der Premierminister Smuts erklärte im Parlamente, die formelle Mandatsübertragung über das frühere Deutsch-Südwestafrika sei der Südafrikaner Union bisher noch nicht gegangen. Auch habe der Rat des Völkerbundes bisher keine authentische Definition des Mandatsbegriffes gegeben. Die allgemeine Aufmerksamkeit richtete sich daher darauf, wie die Bedingungen lauten würden, unter denen die Union das Mandat über Südwestafrika erhalte. Der augenblickliche Zustand sei, daß die Unionsregierung infolge des Ausbleibens der offiziellen Mandatsübertragung durch den Völkerbund in die schwierige Lage verkehrt ist, sich in Südwestafrika nicht weiter betätigen zu können. Um hier einen Ausweg zu schaffen, beantrage die Regierung die Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes vom Jahre 1919, das der Union das Recht gebe, für alle Angelegenheiten in der früheren deutschen Kolonie Vorkehrungen zu treffen (arrange for all matters). Welche die Entschcheidung des Völkerbundes aus, so müßte die Union auf Grund von Artikel 22 des Versailleser Friedensvertrages selbständig zur Einrichtung einer regelrechten Regierung in Form für Südwestafrika über die halbe Regierung die Angelegenheit sei dringlicher Natur, denn gegenwärtig werde das Land noch unter Kriegszustand verwaltet, was die Gefahr nahe lege, daß den Bewohnern ein „gewisses Unrecht“ zugefügt werde. Smuts erklärte schließlich, er beabsichtige im August eine längere Informationsreise nach Südwestafrika zu unternehmen, um über die Einrichtung einer zweckentsprechenden Regierung schlüssig zu werden. Die Reichsregierung über den Antrag wurde verurteilt.

Sach über den Krieg hinaus.

Paris, 28. Juli. Eine fast ungläubliche Nachricht kommt aus Paris. Danach hat der Kongress der Chirurgen, der aus allen Teilen der Welt beieinander, die Bestimmung seines internationalen Amtes aufgegeben, nach der die Chirurgen und die Ärzte in allen Ländern zu sein und die internationalen Chirurgen-Gesellschaften, die in allen Ländern zu sein sollen. Es wurde eine Tagesordnung angenommen, in der man die „gemeine Handlungsweise“ besonders unterrichtet, der sich die deutschen Chirurgen während des Krieges schuldig gemacht haben sollen. Macevon aus Glasgow wurde zum Präsidenten des nächsten Kongresses gewählt, der am 16. Juli 1923 in London abgehalten werden soll.

Zusammentritt des Völkerbundesrates.

Reuter erfährt, daß der Völkerbundsrat am 30. Juli in San Sebastian (Spanien) zusammentreten soll. Die Hauptverhandlungsfragen sind: 1. Ergreifung von wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Staaten, welche unter Verletzung von Bestimmungen, die sie als Mitglieder des Völkerbundes eingegangen sind, in den Krieg einzutreten, 2. Errichtung einer ständigen sanitären Organisation, 3. Unterbreitung der von der Internationalen juristischen Kommission im Haag und dem Internationalen Gerichtshof ausgearbeiteten Gesetzentwürfe, 4. Prüfung der bezüglichen Vollmachten des Rates und der Bestimmung in Hinblick auf den Zusammentritt der Völkerbundversammlung am 15. November, 5. die Verantwortlichkeit des Völkerbundes, die sich aus den Uebereinkommensbestimmungen des Friedensvertrages und des Völkerbundpactes ergibt.

Deutsches Reich.

Die Spasdebatte im Reichstage. In der heutigen Aussprache werden voraussichtlich im Reichstage von den Parteien nur die sozialdemokratischen Redner zu Worte kommen, als erster der Chefredakteur Stawper vom „Vorwärts“, der damit seine Jungfernsprache hält. Da verschiedene Ministerkrise erwartet werden, werden die Redner der anderen Parteien heute kaum das Wort erhalten. Heute vormittag tritt der Reichstag zu einer Sitzung zusammen, um das Programm der Tagung endgültig festzulegen. Man hofft, bis Mitte der nächsten Woche die Arbeiten zu bewältigen.

Die Beratungen über den Entwurf des Reichswahlgesetzes. In der Reichsrat beginnen am 28. Juli. In der Hauptsache unterbreitet sich der neue Entwurf von dem durch die Presse veröffentlichten Entwurf, daß die Aufhebung der Mehrzahligkeit darin besonders ausgedrückt ist, in dem 3. Paragraphen der Zulassung gemacht worden ist. Die allgemeine Mehrzahligkeit ist abgelehnt. Alle bisherigen Bestimmungen hierüber sind aufgehoben.

Der Reichsminister Dr. Schott ist, wie das Berliner Tageblatt“ erzählt, von der Technischen Hochschule Charlottenburg wegen seinem Verdienst um den deutschen Städtebau und die deutsche Studentenschaft zum Ehrendoktor ernannt worden.

Das Projekt einer Wirtschaftskammer, das Staatssekretär Girsch vom Reichswirtschaftsministerium bereits in einer Denkschrift ausgearbeitet hat, war in den letzten Tagen Gegenstand längerer Beratungen in den Interessentengruppen. Es handelt sich bei der Wirtschaftskammer um eine Einrichtung, die in erster Linie zur Befassung von Kapitalisten und Rohstoffbesitzern sein soll. Man hofft, in den nächsten Tagen Näheres über den Plan mitteilen zu können.

Farbige Sterne.

Das Spica-Phänomen.

In dem dem Vollen ihrer unerschöpflichen Geister leuchtender Gestirne, die ihm auf den ersten Blick wohl alle gleichmäßig hell vorzukommen, gibt es in Wahrheit eine große Anzahl farbiger Sterne, obwohl das unbewaffnete Auge auch bei einiger Unmerklichkeit nur wenig von der Schönheit des gelben Sternes wahrnimmt. Aber in Wirklichkeit mögen heute, wie Arthur Schlegel, Humboldt, im „Zusätze der „Astronomischen Zeitschrift“ aufführt, bereits mehr als dreihundert farbige Sterne bekannt sein, die in den mannigfaltigsten Abnuancen leuchten und sich fast über die ganze Fläche des Spektrums verteilen. Unter diesen farbigen Sternen sind zahlreiche recht helle und auffällige Figuren vertreten, so Beetzeguse im Orion, Aldebaran im Stier, der besonders auffällig rote Antares im Skorpion, Arcturus im Bootes — alles Sterne erster Größe, denen sich noch mehr oder weniger der zweiten bis vierten Helligkeitsklasse anschließen. Dem bloßen Auge erscheinen die farbigen Sterne im allgemeinen ziemlich klein, jedenfalls bei weitem weniger leuchtend, als hellgelbe Sterne mit diesem Bezug behaupten. Man kann in Uebereinstimmung mit diesem Bezug feststellen, daß die farbigen Sterne in Wahrheit überhaupt keine allzu scharf ausgeprägten Farben besitzen. Der Grund hierfür ist nachgelassen und sehr einfach. Keiner der farbigen Sterne leuchtet, wie etwa ein farbiger Feuerwerkskörper, in monotonem Licht; er gibt die Licht in kleinerer durchsichtiger, d. h. ohne Strahlung gebildet werden oder allen Teilen des sichtbaren Spektrums an, und nur eine bestimmte Farbe, die vorwiegend im weniger brechen Teil des Spektrums liegt, tritt etwas verstärkt hervor und verleiht dem Stern einen bestimmten Farbdarstellung. Das Schweltpfad hat auch bei einer großen Zahl farbiger Sterne die Stoffe nachgewiesen, deren Strahlen das menschliche Auge zu sehen vermag, als ein bestimmtes Licht, das manchen roten Sternen die Wasserstoff- oder die Calciumlinien besonders intensiv.

Am Fernrohr möchte indessen die Menge der farbigen Sterne bedeutend an, obwohl auch hier die Mehrzahl nur schwach gefärbt erscheint. Die meisten farbigen Sterne finden sich unter den veränderlichen und den Doppelsternen, unter den letztgenannten sogar oft sehr leuchtend gefärbt. Bei den veränderlichen, deren Farben im allgemeinen der weniger leuchtenden Hälfte des Spektrums angehören, also vom Gelb über Orange bis zum tiefen Rot der sogenannten Oranasternen gehören, sind die Farben meist und ein Kennzeichen der mehr oder weniger fortgeschrittenen Entwicklung der Gestirne, ein wichtiger Ausdruck ihrer Helligkeit; sie bieten daher in jeder Beziehung nicht nur Interesse dar, das nach der Ent-

Ausland.

Erkrankung Lloyd Georges.

Das „Journal“ berichtet aus London: Die Gesundheit Lloyd Georges scheint ernstliche Besorgnis zu erregen. Alle diejenigen, die ihm in den letzten Tagen begegnet sind, sind über seine Müdigkeit erstaunt. Die Unterredungen, bei denen er die Führung hat, scheinen ihm sehr leicht zu werden. Er ist auch leicht gereizt. Kurz es hat den Anschein, als ob er jetzt gearbeitet hat und er einen längeren Ruhepausen bedarf. Seine Kräfte sollen ihm zuwachsen haben, sofort London zu verlassen, was er indessen abgelehnt hat. — Auch der Außenminister Dr. Simons ist in der Reichstagsung am Montag der Erkrankung Lloyd Georges Erwähnung.

Die übliche Abfertigung.

Die Jüdische Sozialistische Arbeiterorganisation Poale Zion drückt dem „Vorwärts“ aus Wien unter dem 26. Juli: Wir wünschen Arbeiterkräften werden unerhörte Verfolgungen organisierter jüdischer Arbeiterkräfte. Führende Genossen und fast alle Parteimitglieder der sozialistischen jüdischen Organisationen „Poale Zion“ und „Bund“ werden in allen Städten verhaftet, zum Teil auch schwer misshandelt und in Ketten geschlagen. Die meisten Arbeiterinstitutionen, sogar Kinderheime, Arbeitervereine und Schulen, alle gesellschaftlichen und politischen Vereine und Lokale werden geschlossen, zahlreiche Genossen sind nach Vorkriegs verurteilt worden und interniert. In der Arbeiterkräften „Poale Zion“ in Warschau werden an einem Abend alle anwesenden anwesenden Genossen verhaftet und teilweise in den beständigsten schmutzigen Kerkerhaft. Die Regierung Grabski beabsichtigt völlige Liquidierung des „Bund“ und der „Poale Zion“.

Ungarn will den Polen helfen.

In der Nationalversammlung führte Ministerpräsident Graf Teleki u. a. aus: Ungarn fordert Europas Unterstützung für Polen und ist bereit, der polnischen Eruberation moralische Hilfe zu leisten, möchte jedoch gern auch andere Hilfe gemahnen.

In einer Note an die Alliierten stellte Ungarn der Entente sein Angebot zur Unterstützung Polens gegen den bolschewistischen Vormarsch zur Verfügung. Man hat dieses Angebot jedoch bereits abgelehnt, da man glaubt, daß Ungarn hierdurch nur eine Reaktion des Friedensvertrages erfährt. Auch will man die Bildung eines starken ungarischen Heeres nicht begünstigen.

Der Friedensvertrag mit Bulgarien vollzogen.

Wien, 28. Juli. Die Kammer hat den Friedensvertrag mit Bulgarien ratifiziert.

Die Kasse im Orient.

Ein Erlaß der griechischen Regierung verfügt die Einberufung sämtlicher Griechen und von sechs Jahrgängen der Marine. Die griechische Presse verurteilt diese militärischen Maßnahmen. Sie erfolgen auf Veranlassung der alliierten Regierungen, insbesondere Englands und Frankreichs, die weitere griechische Kräfte zur Fortführung des Krieges in Kleinasien und gegen die Türken benötigen.

In Damaskus sind schwere Unruhen ausgebrochen. Während eines Ministerrats nach dem Abbruch dem Emir Faisal seine Entlassung. Revolutionäre begaben sich zum Palais und forderten die Abdankung des Ministeriums, sonst müsse Faisal selbst fallen. Darauf ließ Faisal die Abdankung verlesen. Eine große Erregung bemächtigte sich der Stadt.

Klarung bedürfte. Bei den Doppelsternen hingegen sind in sehr vielen Fällen zwei Farben vertreten; bei ihnen strahlt der Hauptstern oft in anderer Farbe als der Begleiter; die Mehrzahl dieser Systeme zeigt sogar komplimentäre Färbung, so daß beispielsweise der eine Stern rot, der andere grün, oder der eine orange, der andere blau erscheint. Diese Vorkommnisse werden sehr selten und sind noch heute auf Kontroversen zurückgeführt; man nimmt an, der schwächere der beiden Sterne strahle nur scheinbar in farbigem, zum Teil komplimentär gefärbten Licht. Von Wichtigkeit ist hierbei, daß es nicht nur unter den hellsichtigen, sondern auch unter den optischen Doppelsternen farbige Vertreter gibt. Aus diesem Grund kann die Farbe der Doppelsterne, im Gegensatz zu der der veränderlichen oder der sonstigen Sterne, nur in sehr beschränktem Umfang ein Kennzeichen ihres Entwicklungsstadiums sein. Nur die Farben der Doppelsterne ist also die sog. Abhängigkeitsfarbe nicht anwendbar.

Die bisher angeführte Frage der Entstehung der Doppelsternenfarben schien nun durch ein faszinierendes Ergebnis zu einem noch verwickelteren Problem zu werden. Dieses Ergebnis war das Spica-Phänomen. Mitte Juni nächstes sich der helle Planet Mars dem fixierten ersten Größe Spica, dem Hauptstern der Jungfrau, bis auf nahezu 1 Grad, wobei der leuchtende Sternentwurf zwischen den beiden Sternen aufsteht. Professor Wolf-Heibergs bemerkte, daß die sonst gelblich-weiße Spica jetzt in himmelblauer, etwas grünlicher Farbe erschien, was aus Stengel feststellte, und was überhaupt jedem sorgfältigen Beobachter der interessanten Konstellation auffiel. Diese Veränderung von Spica war aber nur vorübergehend und dauerte nur solange, wie Mars in ihrer Nähe hand; gegenwärtig bräut Spica schon wieder in ihrer natürlichen gelblich-weißen Farbe. Stengel glaubt nun die Bildung dieses Farbenphänomens in dem Umstande, daß die Absorption oder Extinction das Licht der schwächeren Komponente bei allen Doppelsternen vermindert. Er hat weiter festgestellt, und zwar durch Beobachtung an anderen farbigen Sternen, daß die Komponenten gegenseitig ihren Farbenkontrast verstärken. So, wie wir die Sterne sehen, sagt Stengel, trahien sie in Wahrheit nicht, vielmehr spielt am Himmel die gegenseitige Beeinflussung eine eminent große Rolle: man kann überall gewisse Extinctionswerte“ ringum fast farbige helle Sterne unterscheiden.

Kunst und Wissenschaft.

Grundlagen der Hochschulkreform.

Die zweite Sitzung des deutschen Studententages in Göttingen wurde mit dem Reizart von Staatssekretär Bede-

Alle Geschäfte wurden geschlossen. Eine große Menschenmenge zog vor die Festung und legte die Verhafteten wieder in Freiheit, ebenso andere Geiseln. Zwischen den Führern und den Anhängern Fessals kam es zu mehrfachen Straßenkämpfen.

Fessal hat sich bekanntlich der Form nach dem Ultimatum der Franzosen löblich unterworfen, doch scheint es, als ob der Emir ein Doppelspiel treibt.

Befing unglücklich.

London, 28. Juli. Die „Times“ melden aus Befing: Die Stadt Befing befindet sich wieder in großer Aufregung; die Tore der Stadt sind geschlossen und mit starken Kräften besetzt. Die Truppen von Tchang-Ho-ling und Wu-pai-fu schließen die Stadt ein und umzingeln ihre letzten Widerstandler. Bis jetzt haben noch keine Verhandlungen stattgefunden, doch verläutet, daß die Angreifer die Stadt nicht betreten werden.

Sport der „Saale-Zeitung“.

Voransagungen für Mittwoch den 28. Juli.

- 1. A. Staff-Blatt—Staff Dobevo. 2. A. Otello—Staff Otelloheim. 3. A. Riebesgraben—Gernomus. 4. A. Dvante—Larlatan. 5. A. Dvante—Schiffal. 6. A. Freia II—Ludov. 7. A. Rieper—Sieg.
- 1. A. Tradition—Wierland. 2. A. Colferre—Hilmbina. 3. A. Mitterdorf—Biebermann. 4. A. Geiler—Marzili. 5. A. Meinsardi—Maas. 6. A. Clemer—Garpune. 7. A. Spaztoner—Alras.

Provinzial-Nachrichten.

2. Betsburg, 28. Juli. (Wie folgen einer 3. mangs einquartieren gab es im benachbarten Döbel. Dort hatte man dem Reichsmeister Kraas einen Arbeiter namens Paul wangsweise in Haus gefesselt. Das Zusammenleben von Witt und Meier gestaltete sich wenig erträglich. Dieser Zustand wurde noch verschärft, als die Tochter des Paul bei perhorreter und mit ihrem Munde in die wüsterliche Wohnung einzog. Der Einspruch des Kraas dagegen blieb erfolglos. Als Kraas sich zum Zweck einer Auseinandersetzung mit seinem Meier in dessen Wohnung begeben wollte, fand er die Verhältnisse. Sein Mißbehagen hatte den Erfolg, daß plötzlich mehrere Schiffe landeten und einmal im Namen des Meier, das er getroffen wurde. In schwerer letztem Zustand mußte er in das Krankenhaus gebracht werden. Ein weiterer Schuß traf seinen Sohn am Kopf, ohne jedoch erheblich zu verletzen. Der Schuß wurde der Schwiegermutter des Paul, der Tochter Kime, der als bald nach der Tat verhaftet wurde.

Frankfurt a. M., 27. Juli. Der Erste Bürgermeister unter Stadtdirektor Walter Franke, wurde durch das Landratsamt verhaftet seines Postens entzogen. Er wurde im Unterfangen von Zigarren und Zigaretten, die beim heimkehrenden Kriegsgefangenen zumuten sollten, zur Last gelegt und nachgewiesen. Das Disziplinär- sowie Strafverfahren wurde sofort eingeleitet. Am Sonnabend vormittag wurde der Bürgermeister wangsweise vom Rathaus entfernt. Der Stadtrat verurteilte ihn zum Verlust des Geschäftes, das er ausübend betreiben haben will, auf und bestrafe ihn, daß er auch außerhalb der in dem Dienstzimmer nichts mehr zu suchen hätte. Naturgemäß hatte sich eine größere Menschenmenge vor dem Rathaus angeammelt.

Wesla, 28. Juli. (Ein Reinfall des Zentralverbandes) Der Zentralverband der Angestellten hatte für Freitag eine Arbeiterversammlung gegen den Reichstag beschlossen, die in der Tat, zum Verlust des Geschäftes, das er ausübend betreiben haben will, auf und bestrafe ihn, daß er auch außerhalb der in dem Dienstzimmer nichts mehr zu suchen hätte. Naturgemäß hatte sich eine größere Menschenmenge vor dem Rathaus angeammelt.

(Berlin) eingeleitet: „Warum brauchen wir eine Hochschulkreform?“ Der Redner betonte, die Hochschulkreform sei erforderlich, weil das Verhältnis der Hochschule zum Staat ein anderes geworden sei. Die Abwehrkräfte müssen daher manche Fragen, die früher vom Staat für sie gestellt wurden, aus eigenem Recht und aus eigener Verantwortung lösen. Das Ende der Hochschulkreform muß daher eine selbständige Organisation zur Vertretung der Wissenschaft sein. Diese neue Universität muß die feste Form des Universitätsrechts bekommen, die an Stelle der jetzigen flüchtigen Bestimmungen des alten Universitätsrechtes treten soll. Das neue Universitätsrecht muß im Kennzeichen zweier Worte stehen: „Selbstverwaltung und Selbstverantwortung“. Darauf referierten noch Dr. Kähler (Berlin) und Rand. Holzmart (München). Kähler betonte, daß die Hochschule infolge der Entwicklung der wissenschaftlich-menschlichen Methoden die Aufgabe vernachlässigt, die Bildung anzubahnen zu sein. Wir brauchen aber denn die solche geistige Menschen mit höchstentwickeltesten Fähigkeiten und höchsten Willen. Dazu ist eine Erneuerung notwendig, die weniger im organisatorischen als in einer geistigen Erneuerung liegen muß. Holzmart vertrat vor allem konkrete Interessen und Examenfragen und verlangte, daß Examinata etappenweise abholfert würden.

In der Nachmittagsung hielten vier Studentenfürher längere Referate über die Aufgaben der deutschen Studentenschaft. Alle hoben hervor, daß die Studentenschaft die Aufgabe habe, ihre Mitglieder zu solchen empfindlichen Menschen zu erziehen, denen das Wohl ihres Vaterlandes als richtunggebendes Ziel bei ihrem Handeln dienen müßte.

Am Laufe der Sitzung und der Vorhand des Studententages bekannt, daß an Stelle des hiesigen Protokolls des Reichstages der deutschen Studentenschaft gegen die Forderungen des Ministers Hähnlich über die Martburger Zeitschriftwillingen eine andere Erklärung des Studententages der Deutschenzeit übergeben werde, in der Einspruch erhoben wird gegen alle Verbüchtigungen und Unschuldigungen, die aus Anlaß des Martburger Protokolls gegen die deutsche Studentenschaft als solche und die Martburger Studentenschaft als Gesamtheit zu unrecht erhoben werden. Die Erklärung betont die Notwendigkeit, solche geschämten Angriffe zu unterlassen, um die fruchtbarsten Mitarbeiter der Studenten am Wiederaufbau des Vaterlandes nicht zu erschweren.

Neuer Erfolg der Umwandlungsgepetition. Laut Meldung aus Remond hat die Expedition Amunben neuem Land in der Nähe von Jar Nikolaus-Land entdeckt und wissenschaftlich erkundet.